

Die Deportation Detmolder Juden 1941 – 1945

Die Zeugenaussage eines Detmolders aus dem Jahre 1947 ist es, die diesem Beitrag die Richtung und die Fragestellung gibt. Der Mann erinnerte sich zwei Jahre nach Kriegsende an folgende Begebenheit:

Als später einmal vom Marktplatz in Detmold Juden auf einen Lastwagen zum Abtransport aufgeladen wurden, stand die [Meta] Ulmke dabei und schrie: 'Diesen Itzigs sollte man erst den Bauch aufschneiden und [sie] dann wegbringen!'¹

Die Aussage stammt aus einer Ermittlungsakte der Detmolder Staatsanwaltschaft in Zusammenhang mit den Pogromübergriffen auf Otto Baer. Die Deportationen der lippischen Juden aus ihrer Heimat sind nie gerichtsrelevant gewesen. Schließlich gab es nach Auffassung der deutschen Gesellschaft für den Holocaust nur wenig tatsächlich Verantwortliche: die Führung des NS-Regimes und die Institution Reichssicherheitshauptamt mit ihren regionalen Gestapo-Dienststellen. Um die Verschleppung der Juden aus der Region ging es zudem erst in den 60er Jahren mit den Ermittlungen der Bielefelder Staatsanwaltschaft gegen die Gestapodienststelle Bielefeld. Die anderen Rädchen im Getriebe der bürokratischen Abwicklung – sprich: Organisation und Durchführung – der 'Endlösung' der Juden waren nie Gegenstand der juristischen oder gar gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

„Wir wußten von nichts“ – diese Formel gehörte nach 1945 zum festen Repertoire der meisten Deutschen, und auch der Detmolder. Über mehr als vier Jahrzehnte hinweg war der Nationalsozialismus vor Ort kein Thema. Auch die zahlreichen Verfolgungsoffer der Stadt interessierten erst gegen Ende der 80er Jahre. Und ohne die engagierte Arbeit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit wäre sicherlich bis heute wenig geschehen. Dies liegt sicherlich nicht nur in der ungünstigen Quellenlage begründet – viele städtische Akten waren noch kurz vor Kriegsende vernichtet worden.

Der rituellen Formel „Wir wußten nicht“ läßt sich aus den vorhandenen Quellen auch ein anderes Bild gegenüberstellen. Und das heißt: Die meisten Bürger und Bürgerinnen der Stadt Detmold 'wußten', spielte sich doch die nationalsozialistische Judenpolitik gut sichtbar vor ihren Augen ab. Ließen sich viele gar – häufig bereitwillig – in die Abläufe mit einbeziehen und wirkten mit an der sozialen und gesellschaftlichen Ausgrenzung, am gesellschaftlichen Tod der jüdischen Nachbarn. Die meisten Detmolder wußten: vom Abtransport, und daß die Deportierten nie zurückkehren würden und – wahrscheinlich vom

wirklichen Schicksal. Sicher gab es vereinzelt Hilfe und Anteilnahme, gab es das beschämte Wegschauen, das ängstliche Schweigen. Aber es gab offensichtlich vor allem Desinteresse und die Tolerierung der sozialen Ausgrenzung, auch die Akzeptanz und begrüßende Zustimmung bis hin zur Gewaltbereitschaft und -anwendung gegen Sachen und Menschen.

Vorab ein kurzer Überblick über die staatlichen Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung vom November 1938 bis zum Vorabend der Deportationen. Lebten 1933 rund 160 Menschen jüdischen Glaubens in Detmold, so waren es 1939 vor Kriegsbeginn etwa 100. Trotz Aus- und Abwanderung hielt sich diese Zahl bis zum Winter 1941/42. Der Grund: es gab einige Zuzüge von außerhalb in die 'Judenhäuser' und das jüdische Altersheim in der Gartenstraße. Eine Fülle von Maßnahmen schränkte die Bewegungsfreiheit und das alltägliche Leben ein. Übergriffe wie im November 1938 waren nicht mehr erwünscht. In einer Rundverfügung vom 8. September 1939 verbot die Gestapo Bielefeld grundsätzlich und mit Nachdruck jegliche Ausschreitungen gegen Juden und kündigte behördliche Maßnahmen an.² Zu diesem Zeitpunkt waren die ersten Schritte zur Erfassung, Kennzeichnung und Ausgrenzung längst erfolgt. Eine Polizeiverordnung vom 28. November 1938 bot den Bürgermeistern die Handhabe, der jüdischen Bevölkerung räumliche und zeitliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen. Während des Krieges gab es feste Ausgangssperren (20 bzw. 21 bis 5 bzw. 6 Uhr), und das Verlassen des Wohnortes bedurfte der schriftlichen Genehmigung. Mit Jahresbeginn 1939 mußte dem Vornamen ein 'Israel' oder 'Sara' hinzugefügt werden. Seit dem 30. April 1939 gab es 'Judenhäuser'. Hier legten die Behörden die noch in den Gemeinden lebenden Juden zusammen. Diese Maßnahme diente nicht nur der Ghettoisierung und Absonderung von der übrigen Bevölkerung, sondern auch der leichteren Kontrolle. In Detmold gab es 6 dieser 'Judenhäuser': Sachsenstraße 4 und 25, Paulinenstraße 6 und 10, Hornsche Straße 33 und Gartenstraße 6.³

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 erfuhr die Ausgrenzung eine weitere Verschärfung. Die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen wurde verboten. In den öffentlichen Verkehrsmitteln war Juden nur die 3. Klasse erlaubt, und das Sitzen nur dann, wenn die Nichtjuden ausreichend bedient waren. Hinzu kamen Verbote für öffentliche Fernsprecher, des Zeitungsbezugs, des Kaufs von Büchern, des Haltens von Haustieren usw. Auch verschlechterte sich die Versorgungslage für Juden ständig. Kakao und Schokolade wurden im Dezember 1939 verboten. 1940 gab es keine Kleiderkarte mehr, ebenso keine Schuhe. 1942 wurden sie von der Zuteilung von Fleisch, Eiern, Mehl und Milch ausgeschlossen.

Ab dem 19. September 1941 mußten die deutschen Juden den 'Judenstern' tragen. Ausgenommen waren nur die in 'Mischehe' lebenden Juden. Das rief, wenn man einem Bericht der SD-Außenstelle Detmold vom Juli 1942 glauben

darf, allerdings Unverständnis in der Bevölkerung hervor. Ein Parteifunktionär hatte einem Schötmaraner Juden unwissend einen Sitzplatz angeboten.⁴

Soweit die äußeren Bedingungen. Wie aber entwickelte sich das gesellschaftliche Klima in der Stadt, das Verhalten der Detmolder gegenüber der jüdischen Minderheit?

Tatsächlich scheinen die Geschehnisse der Pogromnacht einen Wendepunkt darzustellen. Eine starke Abkehr von den jüdischen Nachbarn und ihre wachsende Isolierung läßt sich seitdem verzeichnen. Das war in den Jahren 1933 bis zum Sommer 1935 noch anders. Die Übergriffe und der Terror gegen die Juden waren weitgehend Angelegenheit der Partei, ihrer Funktionäre und eifrigsten Anhänger gewesen. Und auffallend: Partei, Überwachungsorgane und Presse beschäftigten sich noch in starkem Maße mit 'Abweichlern'. Der Handel mit und das Einkaufen bei jüdischen Kaufleuten wurde durch die „Staatszeitung“ oder ausgehängte Listen in den „Stürmer“-Kästen angeprangert. Die 'Unbelehrbaren' wurden nicht selten von der Partei gerügt oder sogar vom Kreisleiter vorgeladen. Genüßlich wälzten Redakteure der „Staatszeitung“ sogenannte 'Rassenschande'-Fälle aus. Das ging soweit, daß die Bielefelder Gestapo in ihrem Monatsbericht vom August 1935 feststellte, daß sich eine wahre Rassenschande-Psychose breitgemacht habe; der Ausgangspunkt jener Aktionen sei Lippe gewesen.

Interessant ist außerdem, daß Kontakte mit Juden hauptsächlich in den Jahren 1935/36 Gegenstand von Denunziationen waren. Nach der sogenannten 'Reichskristallnacht' sind für ganz Lippe nicht einmal mehr eine Handvoll Fälle aktenkundig. Mögliche Folgerung: Die Ausgrenzung war bereits erfolgreich verlaufen, die Masse der Detmolder 'Volksgenossen' hatte sich von ihren jüdischen Nachbarn distanziert.

Eine Distanz, die es auch mit sich brachte, daß eine zunehmende Zahl von ganz normalen Bürgern moralische Bedenken mittlerweile weit in den Hintergrund drängen konnte. Daß mit den Detmolder Juden nicht gerade zimperlich umgesprungen wurde, war gemeinhin bekannt. Die meisten wußten auch, daß die Hatz auf die Juden bereits drei Opfer in der Stadt gefordert hatte: Im August 1933 war Felix Fechenbach erschossen worden, im September 1936 war David Boehm an den Folgen der Haft im KZ Esterwegen gestorben, und Ende November 1938 verlor Eugen Wolff im KZ Buchenwald sein Leben. Nicht wenige waren im Lauf der Jahre in die Rolle des schaulustigen Zuschauers gegliedert, wenn jüdische Kaufleute von SA oder SS durch die Straßen geführt wurden oder auch während der Gewaltaktion gegen die Synagoge, gegen jüdische Geschäfte und letztendlich auch gegen Männer und Frauen. Als der Synagogendiener Louis Flatow in der Nacht zum 10. November 1938 von einem Gestapo-Bediensteten abgeführt wurde, wurde er dabei von den Umstehenden beschimpft und geschlagen. Es muß nicht die *einzig*e Wahrheit sein, was der

stellvertretende Bürgermeister und SD-Außenstellenleiter Wilhelm Schürmann in seinem Bericht an die Gestapo festhielt:

Bei der Bevölkerung in Detmold sind die Maßnahmen verstanden und waren auch gebilligt. Die durchgeführte Aktion hat hier wahre Befriedigung hervorgerufen.⁵

Kritik an der Judenhatz wurde in der Stadt offensichtlich nur noch aus konfessionellen Kreisen laut. Die, die es wagten, ihrem Abscheu noch Ausdruck zu verleihen, waren einige Diakonissenschwestern. Ein Ereignis nur einen Monat nach der 'Reichskristallnacht' verdeutlicht die wachsende Akzeptanz für die antijüdische Gewalt. Im Dezember 1938 kam es bei der Neueröffnung des Geschäfts von Otto Baer erneut zu einem Zwischenfall. Selbst nach den NS-Rassegesetzen galt Baer nur als 'Mischling 1. Grades', was aber den NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille und andere fanatische Antisemiten nicht davon abhielt, ihn mit Nachdruck in sämtliche Maßnahmen einzubeziehen. Ein aufmerksamer Detmolder richtete kurz vor der Wiedereröffnung ein Schreiben an den Kreisleiter – anonym versteht sich:

Was ist das für ein Mensch, der eine Jüdin als Mutter hat? Das gesunde Volksempfinden des Volkes sagt, es ist ein Jude. In Deutschland zeigt man augenblicklich, daß es ein gleichberechtigter deutscher Staatsbürger ist. Deshalb wird sein vom Volk gestürmter Laden wieder aufgebaut, obwohl das Volk der Meinung ist, daß dieser Mensch sich schlimmer als 3 Juden benommen hat.⁶

Ein SA-Mann in Zivil, der übrigens in einem Konkurrenzgeschäft arbeitete, machte Passanten darauf aufmerksam, daß das Geschäft 'jüdisch' sei. Am Abend des 9. Dezember 1938 versammelten sich rund 80 Menschen vor dem Laden, beschimpften und bespien verschiedene Frauen, die dort kauften. Der Schriftleiter der „Staatszeitung“, August Prüßner, wußte dem Kreisleiter noch am selben Tage zu berichten, daß es besonders Diakonissenschwestern gewesen seien, die demonstrativ den Laden betreten hätten. Die Polizei mußte anrücken, und der Diensthabende berichtete:

In der Menge herrschte eine Erregung über die Wiedereröffnung des Geschäftes Baer, die sich in keiner Weise wiedergeben läßt.⁷

Am folgenden Abend fand ein erneuter Auflauf statt. Erst standen etwa 20-30 Menschen vor dem Haus. Sprechchöre skandierten: „Der Jude muß heraus! Wir wollen das Judenblut fließen sehen!“⁸ Schließlich war die Menge auf 600 Personen angewachsen. Die Familie flüchtete. Die Polizei befürchtete unkontrollierte Ausschreitungen und ließ Fenster und Türen vernageln.

Ein weiteres Beispiel für eine breite Akzeptanz und Zustimmung zu den Maßnahmen: Nicht wenige gedachten von der wirtschaftlichen Ausschaltung der Juden nach dem Pogrom zu profitieren. Bereits zwei Tage nach den Ereig-

nissen gingen Anfragen von Detmoldern nach der Furnierhandlung von Julius Wertheim ein.⁹

Ohne Zweifel hatte die NS-Propaganda ihren Anteil an der Senkung der Hemmschwellen. Fortwährend erschienen Artikel aus den Federn Detmolder Redakteure, die sich in gehässiger und grausamer Art und Weise mit einzelnen Juden der Stadt befaßten. Besonders beliebt war es, 'historische' Abrisse zu veröffentlichen, die natürlich das 'üble Treiben' der Detmolder Judenschaft in den vergangenen Jahrhunderten zum Inhalt hatten. Einer dieser übereifrigen Schreiber war August („Asko“) Koch, Redakteur der „Staatszeitung“. Sein Kürzel: ko. Der 1898 in Horn geborene Journalist arbeitete in den 20er Jahren und zu Beginn der 30er Jahre für die deutschnationale „Lippische Tageszeitung“. Zurückhaltung und Menschenachtung waren es nicht, die beispielsweise aus seinem Artikel über die Vermögensanmeldung der jüdischen Bevölkerung herausklangen:

[...] Zu jener Zeit, es war kurz nach dem Kriege, erlebten wir in Detmold auch die widerlichen Orgien des Juden Marks in der Sachsenstraße, hörten damals auch von dem geheimnisvollen Tod einer arischen Hausangestellten, die kurz vor der Niederkunft stand, erinnern schließlich an die Schweinereien, die ein Jude in einem alten Pferdestall an der Karlstraße trieb. Doch darüber wollen wir heute nicht berichten [es folgt eine Aufzählung von vermögenden Juden aus Lippe, d.V.]. Sehr typisch sind die Angaben einer in einem alten Leibzuchtgebäude zwischen Wellentrup und Kachtenhausen wohnenden Jüdin, die es immer verstand, sich als unterstützungsbedürftige Jüdin auszugeben und auch Mitleid erregt hat. Diese Rebekka Trompetenschleim, sie kann sich auch Sarah Treppengeländer oder Rosalie Katzenfett nennen, entpuppte sich jetzt als reine Kapitalistin, [...], denn diese Judenschickse gab zu, ein Vermögen von rund 140.000 Mark in Wertpapieren zu besitzen.¹⁰

Für seine aufopferungsvolle Tätigkeit als Journalist erhielt Asko Koch übrigens den Wappenteller des Kreises Detmold. Das allerdings während seiner Tätigkeit für die „Lippische Landeszeitung“ – nach dem Krieg. Das Bundesverdienstkreuz gab es obendrein.¹¹ Ähnliche Biographien mit ähnlichem Erfolg bei ähnlichen Kontinuitäten wiesen übrigens auch die Detmolder „Staatszeitungs“-Redakteure Erich Meinhard und Hugo Muth auf.¹²

Diese emsigen Schreiber klatschten bereitwillig Beifall, wenn Staat und Partei neue gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung des jüdischen Lebensbereichs durchführten. Mit dem Applaudieren allein begnügte man sich nicht, man regte auch weitere diskriminierende Schritte an. Unermüdlich präsentierte das lippische NS-Organ angebliche Untaten und Verstöße Detmolder Juden, die natürlich geahndet werden sollten. So würden sich Jüdinnen auf dem Detmolder Wochenmarkt das beste Obst, Gemüse und Fleisch dadurch sichern, daß sie es trotz Verbotes berühren würden:

Wir brauchen kaum betonen, daß über dieses unverantwortliche und widerliche Verhalten der hier nur geduldeten Juden große Empörung und Erregung herrscht.¹³

Es verwundert kaum, daß Staatsdiener, Funktionäre und Parteigänger der NSDAP die Juden nicht nur als 'Feind', sondern auch als 'Freiwild' betrachteten. Die jüdischen Bürger waren entmenslicht. Waren tätliche Übergriffe von SS- oder SA-Männern die eine Seite, konnten die Opfer auch von der deutschen Polizei keinerlei Schutz und Hilfe erwarten. Einzelne Ordnungshüter hatten auch hier ihre ureigene Auffassung von Recht: Im Frühjahr 1939 vergriff sich ein Detmolder Polizeibeamter an der 17jährigen Ilse Wertheim. Der Mann wurde nicht wegen versuchter Vergewaltigung, sondern wegen „versuchter Rassenschande“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.¹⁴

Von den politischen Leitern der NSDAP und ihrer Organisationen wurde ein wachsames Auge auf das 'Treiben' der Juden geworfen. Auffällig ist hier, daß ebenso wie in den Presseartikeln regelmäßig ein Vorschlag zur 'Abhilfe' mitgeliefert wird. Der stellvertretende Ortsgruppenleiter Detmold-Süd, der Hausmeister des Leopoldinums, Schmidtmeier, kümmerte sich um das 'Judenhaus' Hornsche Straße 33. Im Mai 1942 – die ersten Detmolder waren bereits deportiert – drängte er in einer Meldung darauf, die Bewohner doch umgehend zum Arbeitseinsatz heranzuziehen, „und sei es als Straßenfeger unter Aufsicht der jetzigen Straßenfeger.“ Denn: „Bei dem schönen Wetter [...] lagen die Juden mit ihren Weibern [...] in Liegestühlen im Garten hinter dem Haus und sonnten sich. 7 Liegestühle habe ich persönlich gezählt.“ Den deutschen Menschen würde „diese gemeine Herausforderung des Judenpacks“ empören.¹⁵

Die Entrechtung drückte sich aber nicht nur in den Schikanen der Behörden und den Übergriffen der NS-Organisationen aus – auch die 'normalen' Detmolder Bürger beteiligten sich an der alltäglichen Diskriminierung ihrer Nachbarn. Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung stieg. Gegen Sachen allemal. Karla Raveh, geb. Frenkel, berichtet in ihren Erinnerungen, daß häufig Steine in die jüdische Schule in der Gartenstraße 6 geworfen wurden. Dieses nahm solche Ausmaße an, daß selbst die „Staatszeitung“ zu Weihnachten 1941 darüber berichtete – ohne den Hinweis auf die Hausnummer. Hier war nicht nur von Steinen die Rede, sondern sogar von Eisenteilen. Gegenstände seien um ein Haar an einem schlafenden Kind vorübergeflogen.¹⁶ Ruth Margalit, geb. Ehrmann, aus Heidenoldendorf, berichtet außerdem von Schmierereien am Haus: immer wieder Judensterne und Parolen wie 'Juden raus!'

Täglich waren die Kinder der jüdischen Schule den Schlägen anderer Schüler, die vor dem Haus lauerten, ausgesetzt. Als sich der Schüler Karl Ehrmann seines Peinigers erwehrte, schritt ein Ofensetzer ein und verprügelte Karl Ehrmann. Selbst der Schulweg bedeutete für Ruth Ehrmann einen Spießbrutenlauf:

Aber der Weg von der Gartenstraße zur Haltestelle in der Elisabethstraße war oft eine Hölle für uns. Steine wurden auf uns geschmissen, wir wurden angespuckt und verprügelt. Ab September 1941 mußten wir den gelben Stern tragen. Jetzt sahen auch diejenigen, die uns nicht kannten, daß wir Juden waren. Wenn die Straßenbahn überfüllt war, hieß es 'Judenkinder raus!' So gingen wir zu Fuß verängstigt bis zur Waldheide.

Kontakte oder gar Hilfestellungen nichtjüdischer Nachbarn hielten sich in Grenzen. Die Kleinrentnerin Martha Reuter hatte aber offensichtlich keine Furcht vor Repressalien. Im Mai 1942 überließ sie in einer Bäckerei Julius Beerens Marken für 150 Gramm Brot. Der Vorgang wurde sogleich von einem 'aufmerksamen Volksgenossen' gemeldet. Der Ortsgruppenleiter Detmold-Ost, Betz, bat die NSDAP-Kreisleitung „um weitere Veranlassung“:

Fräulein Reuter ist [...] alleinstehend und gehört dem Vorstand des lutherischen Frauenvereins an. Sie ist die 'rechte Hand' des Pastors Scheumann und gilt als fanatische Anhängerin der Bekenntniskirche.¹⁷

Konsequenzen hatte diese menschliche Tat für Martha Reuter nicht. Gegenüber dem vernehmenden Polizisten gab sie einfach an, erst hinterher gesehen zu haben, daß der Mann einen Judenstern trug. Daß ihre Unwissenheit allerdings nur vorgetäuscht war, und es eine bewußte Handlung war, offenbart jedoch ihre geschickt formulierte Antwort:

Wenn es nicht gerade der Jude Behrend [=Beerens, d.V.] gewesen wäre, hätte ich einem andern Juden die Brotmarken nicht gegeben. Ich kenne den Juden Behrend durch Hörensagen selber als einen hilfsbereiten Menschen.¹⁸

Eine Ausnahme stellte auch der Schutzpolizist Berkemeier in Heidenoldendorf dar. Er informierte die Familie Ehrmann regelmäßig von bevorstehenden Aktionen.

Aktenkundig sind allerdings auch Besuche von Nichtjuden bei den Bewohnern des 'Judenhauses' Hornsche Straße 33 im Mai 1942. Über die Motive oder eine Ahndung dieser Kontakte ist nichts bekannt. NSDAP-Ortsgruppenleiter Schmidtmeier:

Es ist von Parteigenossen [...] schon oft beobachtet worden, daß sich in diesem Haus augenblicklich ein reger Verkehr mit arischen Personen abspielt, die mit Kisten und Koffern ein- und ausgehen. Die Juden lassen die Volksgenossen, daß es nicht auffallen soll, durch ein Tor [...] heraus. Was die Volksgenossen zu den Juden in ihren Kästen tragen, entzieht sich meiner Kenntnis.¹⁹

Vor den lippischen Amtsgerichten ist anscheinend nur ein einziger Fall von Hilfeleistung verhandelt worden. Eine Frau, katholisch und Mitglied der NSV, hatte Hildegard Levi in Schlangen im Winter 1940/41 Lebensmittel überlassen

und war von ihrem Mann denunziert worden. Entgegen den nach dem Krieg weitverbreiteten Klischees von drohender KZ-Haft war die Helferin nicht bestraft worden.²⁰

Zu den Standhaften gehörte auch das Ehepaar Heumann. Ernst Heumann, Lehrer und vor 1933 Mitglied der DDP, pflegte trotz Ermahnungen und Drohungen weiterhin Kontakt zu seinen jüdischen Freunden. Auch die Versetzung an eine Schule in Sabbenhausen hielt ihn von der Aufrechterhaltung seiner Überzeugung nicht ab.

Wie wurde nun die 'Endlösung der Judenfrage' in Lippe und Detmold organisiert und durchgeführt? Welche Stellen und Funktionsträger waren beteiligt? Welcher Kenntnisstand über Bestimmungsorte und -zweck dürfte vorhanden gewesen sein?

Organisation und Abwicklung bis zu den Toren der Ghettos und Vernichtungslager waren ein verwaltungstechnischer Vorgang mit vielen Einzelschritten. Diese Arbeitsteilung hatte natürlich einen bestimmten psychologischen Effekt: Die winzigen Teilschritte konnten routinemäßig mit einer großen Distanz zu den von der Handlung Betroffenen erledigt werden. Der bürokratische Charakter erleichterte zudem die Beteiligung an den – vielleicht unliebsamen – Vorgängen.

Die Deportationslisten für Detmold wurden von der Gestapo-Außenstelle Bielefeld zusammengestellt.²¹ Sie bekam von der Leitstelle in Münster Abfahrtszeiten und Ziele eines Transportes sowie die Zahl der aus dem Bielefelder Gestapo-Bezirk zu stellenden Personen mitgeteilt. In der Regel handelte es sich um Transporte mit einer Gesamtzahl von 900 bis 1.000 Menschen. Die Detmolder Nebenstelle der Gestapo war offensichtlich nicht beteiligt. Die Reichsvereinigung der Juden (Bezirksstelle Bielefeld) wurde von der Gestapo Bielefeld – zuständig war hier als 'Judenreferent' der Kriminalobersekretär Wilhelm Pützer – in die Vorbereitungen des Abtransportes zwangsweise mit einbezogen. Die Reichsvereinigung gab die Direktiven für Lippe an ihr Detmolder Büro in der Hornschen Straße 33 weiter. Leiter bzw. Vertrauensmann dort war Eduard Kauders; sein Stellvertreter war Moritz Herzberg.²²

Anfangs scheinen die für die Judenangelegenheiten zuständigen Sachbearbeiter der Landratsämter²³ noch zur Unterrichtung von der Bielefelder Gestapo vorgeladen worden zu sein. Sie erhielten die Personenlisten, welche die Gestapo anhand ihrer 'Judenkartei' erstellt hatte.²⁴ Vom Landratsamt in Detmold ging die Liste mit den Richtlinien zur Durchführung der 'Evakuierung' an den Detmolder Bürgermeister als zuständiger Ortspolizeibehörde. Ansprechpartner bei Nachfragen war für ihn in erster Linie das Landratsamt, das wiederum die Verbindung zur Gestapo hielt. Eingeweiht in die bevorstehenden Maßnahmen war auch der NSDAP-Kreisleiter Wedderwille. In seinem Notizbuch findet sich die Eintragung: „Judenfrage: wird gelöst.“ Und einige Seiten

weiter außerdem Notizen über die Abwicklung.²⁵ Wedderwille wußte aufgrund seiner Funktion zweifellos, was die Deportierten im Osten erwartete.

Die Jüdische Gemeinde in Detmold erhielt eine Mitteilung durch die Reichsvereinigung der Juden, Bezirksstelle Bielefeld. Sie hatte den betroffenen Personen ein Rundschreiben mit Anweisungen für den Transport zuzustellen. Hierin wurde der Zeitpunkt der Deportation mitgeteilt; außerdem gab es Anweisungen zum Verlassen der Wohnungen, zur Abgabe der Wertgegenstände und zum mitzunehmenden Gepäck. Dies geschah anfangs wenige Wochen, später nur noch wenige Tage zuvor.

Notwendige Ämtergänge wickelten in der Regel die sogenannten Vertrauensmänner der Reichsvereinigung vor Ort ab. Das waren zumeist die ehemaligen Vorsteher der Jüdischen Gemeinden. Für den gesamten Bielefelder Gestapo-Bezirk gab es außerdem einen jüdischen Vertrauensmann: Louis Sternberg aus Paderborn.²⁶

Inwieweit nun dem Bürgermeister und den beteiligten Amtspersonen (Schutzpolizei, Einwohnermeldeamt, Finanzamt) der tatsächliche Zweck der Deportationen bekannt war, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Aber bekannt war: Es war eine endgültige Maßnahme. In den Karteien des Einwohnermeldeamtes hieß es: „abgemeldet nach unbekannt“ oder „abgemeldet in den Osten“. Im Behördenschriftgut wurden umschreibende Begriffe wie ‘Evakuierung’, ‘Abschiebung’, ‘Umsiedlung’ oder ‘Verschickung’ verwendet. Klar dürfte aber jedem – falls es überhaupt noch interessierte – gewesen sein, daß die betroffenen Männer, Frauen und Kinder nie wieder zurückkehren würden. Das war selbst den Sachbearbeitern in der Detmolder Stadtverwaltung bewußt. Als Wilhelm Steinweg am 13. Dezember 1941 nach Riga deportiert wurde, hatte er ein altes Darlehen der Stadt noch nicht gänzlich zurückgezahlt. Der zuständige Bedienstete schloß die Akte im Juli 1942, denn er ging davon aus, „daß Steinweg nach Detmold nicht wieder zurückkommt.“²⁷

Die erste Deportation aus dem Gestapobezirk Bielefeld erfolgte am 13. Dezember 1941 nach Riga. Aus dem Bereich der Gestapoleitstelle Münster waren von der Deportation nach Riga rund 1.000 Juden betroffen, davon etwa 420 aus dem Gestapobezirk Bielefeld. Aus dem Land Lippe wurden am 10. Dezember 1941 25 Juden in das Sammellager ‘Kyffhäuser’ nach Bielefeld gebracht, von wo aus sie drei Tage später mit der Reichsbahn in den Tod geschickt wurden.

Von den 25 lippischen Juden stammten 10 aus Detmold und Horn (darunter Erna Friedländer, die Eheleute Steinweg und die Familie Valk), 11 aus Schötmar, 2 aus Lemgo und 2 aus Oerlinghausen. Mit Schreiben vom 20. und 22. November 1941 erhielten die Landräte in Lemgo und Detmold von der Gestapoaußendienststelle Bielefeld Mitteilung von der bevorstehenden ‘Evakuierung’ jüdischer Menschen, über die zu veranlassenden Maßnahmen und ein

namentliches Verzeichnis der zu stellenden Personen.²⁸ Die Landräte reichten die Verzeichnisse und Anordnungen an die Ortspolizeibehörden weiter.

Unbedingte Sorge war für die 'reibungslose Durchführung' des Abtransportes zu tragen, insbesondere seien „Belästigungen durch die deutschblütige Bevölkerung zu verhindern.“ Das Gauamt für Kommunalpolitik der NSDAP, Gauleitung Westfalen-Nord, wies in einem Schreiben an die Landräte in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es „anläßlich der Abschiebung von Juden vielfach zu unerfreulichen Erscheinungen“ gekommen war, deren Vermeidung notwendig wäre. Häufig wäre es zur Versteigerung der zurückbleibenden Wohnungseinrichtung „an Ort und Stelle“ und „meistbietend“ gekommen; dieses Werben deutscher Menschen um jüdische Ware in aller Öffentlichkeit sei „unwürdig“ und müsse mit den Finanz- und Wirtschaftsämtern auf andere Art angefaßt werden.²⁹

Die Nachricht von ihrer bevorstehenden 'Umsiedlung' erhielten die 26 betroffenen Juden in Lippe ebenfalls spätestens am 20. November.³⁰ Der äußere Anschein einer reinen Umsiedlungsaktion wurde nicht nur durch die zugelassene Mitnahme von Spaten und anderem Werkzeug aufrechterhalten und verstärkt; für die zum Transport ausgewählten Juden wurden am 29. und 30. November Impftermine bei Dr. Freudenthal, einem jüdischen Arzt aus Bielefeld, in Herford angesetzt.³¹

Am 9. Dezember 1941 um 17.40 Uhr wurde Hedwig Schlamm aus der Gartenstraße 6 in die Zelle 3 des Detmolder Gefängnisses zur 'Evakuierung' eingeliefert (verzeichnet unter „Zwangsgestellungen und Festnahmen“). Die Verpflegung erfolgte durch die Detmolder Judenschaft.³² Das Dienstbuch der Polizei verzeichnete zwar ihren Abtransport am folgenden Tag um 13 Uhr. Obwohl die Meldekartei ebenfalls die Deportation nach Riga vermerkt, ist es dazu nicht gekommen. Vermutlich weil Hedwig Schlamm häufiger unter „geistiger Verwirrtheit“ litt, wurde sie vom Transport zurückgestellt. Am 14. Dezember wurde ihr Zuzug in Gartenstraße 6 wieder in der Meldekartei eingetragen.³³

Das Detmolder Büro der Reichsvereinigung stellte „auf eigene Kosten“ einen Lastkraftwagen, mit dem am 10. Dezember 15 Juden aus Schötmar, Lemgo und Oerlinghausen nach Bielefeld gefahren wurden.³⁴ Die Ortspolizeibehörden luden die für den Transport bestimmten Personen in das Rathaus vor. Die Wertgegenstände und das Bargeld waren bereits am 9. Dezember gegen Quittung abgenommen und in Umschlägen versiegelt worden. Auch das Gepäck war schon einige Tage zuvor nach Bielefeld gebracht worden.³⁵ Für den Transport nach Bielefeld hatte die Detmolder Polizei die beiden Schutzpolizisten Harting und Schmidt abgestellt („Sektionsdienst“).³⁶ Letzterem wurden als Transportleiter die versiegelten Umschläge ausgehändigt.³⁷

Nach drei Tagen im Sammellager wurden die Juden am 13. Dezember mit Autobussen zum Bielefelder Hauptbahnhof gebracht und gegen 15 Uhr, nach Eintreffen des Transportzuges mit Juden aus den Regierungsbezirken Münster

und Osnabrück, in Personenwagen dritter Klasse nach Riga abtransportiert. Die Deportierten wurden zur Zwangsarbeit, manche – wie Günter Wallhausen und Bruno Eichmann aus Schötmar – zum Aufbau des Lagers Salaspils eingesetzt. Gerade die jüngeren und kräftigeren unter ihnen wurden zum Arbeitseinsatz in andere Lager verlegt. Der einzige lippische Überlebende der Riga-Deportation, Günter Wallhausen, machte bis zum Kriegsende eine Odyssee durch zahlreiche Lager durch.³⁸

Die Hauptaußenstelle des SD in Bielefeld berichtete über die Reaktionen beim Abtransport:

Obwohl diese Aktion von [s]eiten der Staatspolizei geheim gehalten wurde, hatte sich die Tatsache der Verschickung von Juden doch in allen Bevölkerungskreisen herumgesprochen. Dementsprechend war auch eine Vielzahl von stimmungsmäßigen Äußerungen zu erfassen. Es muß festgestellt werden, daß die Aktion von dem weitaus größten Teil der Bevölkerung begrüßt wurde. [...] Erstaunen zeigte man vielfach in der Bevölkerung, daß man den Juden zum Transport nach dem Bahnhof die gut eingerichteten städt. Verkehrsautobusse zur Verfügung stellte. Lediglich aus konfessionellen Kreisen wurden, wie bei allen staatlichen Aktionen zur Gewohnheit geworden, ablehnende Stimmen laut. Ja, man ging sogar soweit, diese Aktion zu benutzen, wildeste Gerüchte zu verbreiten. So wurde ausgeführt, die Juden würden alle nach Rußland abgeschoben. [...] In Rußland würden die Juden zu Arbeiten in ehemals sowjetischen Fabriken herangezogen, während die älteren und kranken Juden erschossen würden.³⁹

Dieses Dokument ist Beleg dafür, daß es innerhalb der Bevölkerung bereits das Wissen oder zumindest eine Ahnung von der Ermordung der Juden gab.

Die zweite Deportation von lippischen Juden fand am 31. März 1942 statt. Ihr Ziel war das Warschauer Ghetto. Am 20. März teilte die Gestapo den Abtransport von 1.000 Juden aus dem Bezirk der Stapoleitstelle Hannover, dem 325 Juden aus dem Bezirk der Bielefelder Gestapo angegliedert werden sollten, mit.⁴⁰ In Lippe waren 34 Juden von dieser Verfügung betroffen. Allein 26 von ihnen kamen aus Detmold. Darunter die Ehepaare Max und Elli Alexander, David und Emmy Examus, die Familien Flatow und Rosenbaum, die Eheleute Marx und Wertheim.

Wiederum waren zwei Detmolder Schutzpolizisten laut Dienstplan mit der Abwicklung des 'Judentransportes' betraut: die Bediensteten Müssner (6-8 Uhr) und Harting (8-20 Uhr). Letzterer fungierte als Transportleiter bis nach Bielefeld.⁴¹ Der Transport von Bielefeld nach Warschau erfolgte – anders als im Dezember 1941 – vom Güterbahnhof aus und diesmal in Viehwaggons.⁴² Von einigen der Deportierten ist bekannt, daß sie bei der Firma Schulz, einem Textilunternehmen, das für die Wehrmacht produzierte, im Arbeitseinsatz waren. Den zahllosen 'Auskämmaktionen' der SS im Ghetto, die zumeist im 65 Kilometer entfernten Treblinka endeten, fielen unter anderem Hans Marx und Ilse Wertheim aus Detmold zum Opfer.⁴³

Robert Levi aus Schlangen wurde am 9. April 1942, wenige Tage nach Ankunft in Warschau, mit 200 weiteren arbeitsfähigen Männern nach Treblinka gebracht:

Als wir im Arbeitslager ankamen, wateten wir buchstäblich bis zu den Knöcheln im Blut zu unserer Baracke. Man hatte tags zuvor polnische Juden mit Kolben und Äxten erschlagen, um Platz für uns Neuzugänge zu machen. Von unserem Transport wanderten die Geisteskranken und die durch den langen Anmarschweg Schwachgewordenen sofort ins 'Sanatorium'. Es bestand damals aus einer Erschießungsstätte in der Nähe des Waldes.⁴⁴

Die Transporte in das Ghetto Theresienstadt begannen im Juni 1942. Theresienstadt diente als sogenanntes Alters- und Vorzugsghetto für Juden über 65 Jahre, solche mit Kriegsauszeichnungen oder Juden, die sich ihre privilegierte Stellung durch 'Heimkaufverträge' erkaufte hatten.⁴⁵ Das Ghetto Theresienstadt wurde später als 'Musterghetto' ausländischen Delegationen und Diplomaten vorgeführt, um den Gerüchten von Vernichtungslagern entgegenzutreten.

Mit einer Anordnung vom 20. Juli 1942 teilte die Gestapo Bielefeld den Landräten die am 31. Juli bevorstehende 'Evakuierung' von 925 Juden aus dem Bezirk der Staatspolizeileitstelle Münster mit.⁴⁶ Sammelpunkt für die von dem Transport betroffenen 80 lippischen Juden war wiederum der 'Kyffhäuser' in Bielefeld. Unter ihnen 44 Männer, Frauen und Kinder aus Detmold: u.a. Ida Arensberg, Arthur Buchholz, Moritz Herzberg, Albert und Leonie Hirschfeld, Eduard und Frieda Kauders, Familie Linz, die Geschwister Michaelis-Jena, Familie Ries und Sophie Plaut. Bereits telefonisch wurden die Ortspolizeibehörden am 23. Juli durch die Landratsämter mit Benennung der Juden in Kenntnis gesetzt.⁴⁷ Die schriftliche Weisung traf einen Tag später ein. Sie enthielt die Modalitäten für die Kreise Detmold und Lemgo. Das Gepäck wurde bereits am 27. Juli abgeholt.

Sämtliche Insassen des jüdischen Altersheims in der Detmolder Gartenstraße 6 waren von der Deportation nach Theresienstadt betroffen. Ida Arensberg schrieb am Vorabend noch einen Brief an ihren Sohn in Chile, der erhalten ist. Sie bat darin um ein Lebenszeichen ihres Jungen.⁴⁸ Eine Augenzeugin, Irene Hesse, erinnerte sich 1953 an den Abtransport der alten Juden in Autobussen:

Bei ihrem Auszug aus der Gartenstraße nahmen sie soviel Kleider mit, wie sie konnten, und zogen sich mehrere übereinander. Ich mußte noch helfen, Taschen machen, damit sie das, was sie mitnehmen wollten, transportieren konnten. Das waren in erster Linie Lebensmittel. [...] Beim Abtransport aus der Gartenstraße durften auch verschiedene Geräte mitgenommen werden, z.B. Eimer, Schalen, etwas Geschirr, Schöpfkellen u.ä. Wie ich nachher gehört habe, wurden alle diese Sachen vor dem endgültigen Abtransport von Bielefeld nach dem Osten eingesammelt und in einen besonderen Waggon verladen. Als dann der Transport abging, wurde dieser Waggon mit dem Gerät zurückgelassen.⁴⁹

Am 31. Juli 1942, drei Tage später, erfolgte vom Bielefelder Güterbahnhof der Transport nach Theresienstadt.

Die SD-Außenstelle Detmold berichtete der Hauptaußenstelle Bielefeld über den Abtransport der Juden aus Lemgo. Offensichtlich hatte dieser innerhalb der Bevölkerung größeres Aufsehen erregt. Gerade ältere Bürger, darunter sogar Parteigenossen, hätten die Maßnahme „negativ kritisiert“. Der Abtransport der alten Juden traf auf Unverständnis, denn „sie täten keiner Fliege etwas zuleide.“ Zudem seien Juden dabei, „die viel Gutes getan hätten und die noch lange nicht so schlecht seien wie die ‘Weißen Juden’“.⁵⁰

Praktischen Beistand ohne Rücksicht auf eine eigene Gefährdung, und dies vor den Augen der Polizei und des Sicherheitsdienstes, leistete nur noch die Ehefrau des nach Sabbenhausen versetzten Detmolder Lehrers Ernst Heumann. Frieda Heumann wurde festgenommen, als sie versuchte, den Juden noch Wurst und andere Lebensmittel zu bringen.⁵¹

Andererseits kam es zu Äußerungen, die nicht nur von Akzeptanz in den nationalsozialistisch gesonnenen Teilen der Bevölkerung zeugten, sondern darüber hinaus volle Unterstützung bekundeten. Die bereits zitierte Äußerung Meta Ulmkes, man solle den Juden vor dem Abtransport die Bäuche aufschlitzen, datiert vermutlich von der ‘Verladung’ für die Deportation nach Theresienstadt.

Es gab noch zwei weitere Deportationen aus Lippe. Insgesamt rund 180 jüdische ‘Mischehepartner’ und ‘Mischlinge 1. Grades’, darunter 23 Personen aus Lippe, wurden am Abend des 19. September in Zwangsarbeitslager der Organisation Todt transportiert. In Kassel erfolgte eine Trennung der Deportierten. Die Frauen kamen nach Elben bei Kassel, die Männer in ein Arbeitslager bei Zeitz in Thüringen. Darunter auch Angehörige der Familie Ehrmann aus Heidenoldendorf.

Noch zu Beginn des Jahres 1945 erteilte das Reichssicherheitshauptamt die Weisung, alle verbliebenen in Zwangsarbeitslagern beschäftigten Juden, ‘Mischehepartner’, ‘jüdische Mischlinge’ und ‘Geltungsjuden’ nach Theresienstadt zu deportieren. Die Anordnung der Bielefelder Gestapo an die Landräte und Bürgermeister erfolgte mit Schreiben vom 8. Februar 1945. Damit tatsächlich alle noch im Bezirk lebenden Juden über 16 Jahren für den sogenannten ‘Arbeitseinsatz’ in Theresienstadt erfaßt wurden, hatte die Gestapo es den Behörden auferlegt, auch die nicht in einem anliegenden Verzeichnis erfaßten Personen ‘auszuliefern’.⁵² Die geplante Aktion der Gestapoleitstelle Münster kam allerdings nicht mehr in vollem Maße zur Ausführung. Bis zum 12. Februar sollten die in Frage kommenden Personen in das Bielefelder Sammellager, das Hotel ‘Stadt Bremen’, überführt werden.⁵³ Transportunfähige waren von dem Transport ausgenommen.

Von 58 Juden aus dem Bezirk Münster stammten 5 aus Lippe. Darunter waren die Geschwister Ehrmann und ihr Vater. Sie wurden nach Bielefeld überführt. Von dort aus ging der Transport einen Tag später ab, erreichte Theresienstadt allerdings erst am 20. Februar.⁵⁴ Die Überlebenschancen der Deportierten waren groß, denn schon kurze Zeit später wurden sie von der Roten Armee befreit.

Nach den Deportationen setzte die Verwertung des hinterlassenen und an das Deutsche Reich verfallenen jüdischen Eigentums, der Wohnungen und des Hausrates, ein. Dem gesellschaftlichen Tod folgte somit noch der allgemeine Beutefeldzug auf die letzten Überbleibsel, auch das unter großer Beteiligung der Bevölkerung. In der Regel erschien kurze Zeit nach dem Abtransport ein Gerichtsvollzieher oder Taxator des zuständigen Finanzamtes in der Stadt. Nach dem Empfang der Schlüssel von der Ortspolizeibehörde suchte der Beamte die ehemals jüdischen Wohnungen auf und fertigte eine Liste des dort aufgefundenen Hausrates (Möbel, Bücher, Eßgeschirr und Fotoalben etc.) an. Eine Durchschrift der Liste erhielt der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Ihm oblag die Versteigerung des Hausrates. Die Einkünfte wurden bis zum taxierten Wert von der Finanzbehörde eingefordert, Überschüsse konnten der Stadtkasse gutgeschrieben werden. Auf spezielle Anforderung wurde der NSV das Inventar einiger 'Judenwohnungen' zur Verwertung übergeben. Nicht selten bedienten sich zuvor lokale Parteigrößen, suchten sich das für sie Brauchbare aus und kamen auf diese Weise für wenig Geld an wertvolle Gegenstände.

Die öffentlichen Versteigerungen fanden in der Bevölkerung großen Anklang. Vom versteigerten Hausrat des Hauses Gartenstraße 6 ist eine Aufstellung über den Erlös erhalten. Der taxierte Wert belief sich auf 2.000 Reichsmark. Der Erlös der Versteigerung lag um 300 Reichsmark darüber. Auch die Käufer sind in der Liste aufgeführt. Darunter finden sich nicht nur politische Leiter der NSDAP oder Vertreter der NSV, sondern auch Privatpersonen.⁵⁵

Ganz besondere Erfahrungen mit dem Eifer der Detmolder, sich das ein oder andere 'Schnäppchen' zu sichern, machte der Kreisleiter Adolf Wedderwille:

Aus politischen Gründen und um zu verhindern, daß sich die Bevölkerung bei der Versteigerung der Hinterlassenschaften der evakuierten Juden stritt, wurde vom Kreisleiter angeordnet, daß die Kreisamtsleitung der NSV Detmold mit der Verwertung der Judenmöbel beauftragt wurde.⁵⁶

Eine Aufstellung über von der NSV veräußerte „Judenmöbel“ in Detmold vom September 1942 weist einen Erlös von 2.200,05 RM aus.⁵⁷ Überhaupt übernahm die NSV 'alles'. So auch bei einem Spediteur untergestellte Gegenstände der Geschwister Michaelis-Jena. Dafür mußte sie allerdings dem Spediteur die Lagermiete erstatten.⁵⁸ Nach der Räumung der Wohnungen durch die NSV wurden die Schlüssel dann wieder an das zuständige Finanzamt zurückgegeben.⁵⁹

Auch das Finanzamt Detmold selbst bediente sich eifrig an jüdischem Mobiliar und brauchbaren Gegenständen. Eine Aufstellung des Detmolder Finanzamtes vom 1. September 1942 ist erhalten. Es bediente sich aus zwölf Haushalten lippischer Juden, darunter acht aus Detmold. Das reichte von einer Woldecke, Teppichen, Bildern und Büchern, Eimern, Matten, einer Wanne, einer Nähmaschine der Familie Flatow, bis hin zu Aschenbechern, Tischdecken und Ölgemälden aus dem Besitz Dr. Albert Hirschfelds.⁶⁰

Der freigewordene Wohnraum wurde unter Einschaltung des NSDAP-Kreisleiters an kinderreiche, natürlich politisch zuverlässige Ehepaare oder Kriegsbeschädigte abgegeben. Kreisleiter Wedderwille erinnerte den Detmolder Bürgermeister im März 1942 daran, daß ihm das Verfügungsrecht über freiwerdende Judenwohnungen zustände. Bei den örtlichen Behörden eingegangene Anträge mußten umgehend nach Detmold zur Kreisleitung weitergegeben werden.⁶¹ Das geschah in der Regel über die Finanzämter. Die letztendliche Entscheidung hielt sich die Partei, und hier Kreisleiter Adolf Wedderwille persönlich, vor.⁶²

Mehr als 80 Detmolder jüdischen Glaubens fielen der nationalsozialistischen Rassenpolitik zum Opfer, wurden erschlagen, erschossen, vergast. In der Aufarbeitung ihrer Schicksale steht noch eine Menge an notwendiger und wünschenswerter Arbeit bevor. Nur einige wenige kehrten in ihre Heimatstadt zurück: die Familie Ehrmann, Helene Hamlet, Helene Kaufmann, das Ehepaar Emma und Julius Linz, Ernst Maas, Erna Quadfass (geb. Boehm) und Minna Ries. Die Überlebenden hatten es nicht leicht in ihrer alten Heimat. Vielleicht war das der wesentliche Grund dafür, daß sie Detmold innerhalb der folgenden fünf Jahre den Rücken kehrten und Deutschland verließen.

Detmold stellt in bezug auf die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit eine Besonderheit dar. Vielleicht sind die Schwierigkeiten typisch, auf die die Staatsanwaltschaft nach 1945 beim Versuch der Ahndung von Taten während des Novemberpogroms stieß. Bis auf ein Verfahren wurde keines zu einem Abschluß geführt. In den anderen lippischen Städten und Gemeinden war dieses anders. Hier gab es auch viel früher eine Beschäftigung mit den Opfern. Das erste Gedenken an die jüdischen Opfer aus Lippe fand 1948 bezeichnenderweise nicht in Detmold, sondern in Lemgo statt. Und in Lemgo, Bad Salzuflen, Blomberg, Horn, Oerlinghausen und anderen Orten des ehemaligen Landes Lippe hat man sich mittlerweile mehr oder weniger intensiv mit diesem Kapitel der Geschichte befaßt.

Vielleicht liegt diese 'Zurückhaltung' in gewissen Kontinuitäten begründet, die besonders in der Landeshauptstadt zu verzeichnen sind. Gesellschaftliche Eliten überstanden die NS-Zeit nahezu unbeschadet und bestimmten weiterhin die gesellschaftliche Meinung. Die gleichen 'Meinungsmacher' wie früher prägten die Berichterstattung in der Presse. Und das bis in die 60er und 70er Jahre hinein. Egal ob August Koch, Erich Meinhard, Hugo Muth, ihr Bild blieb

größtenteils das alte. In Geburtstagswidmungen oder Nachrufen wurden ohne Skrupel ehemals gestandene Nationalsozialisten und Antidemokraten wie der NSDAP-Stadtrat Hans von Donop, der Komponist und Parteigenosse August Weweler, der Ministerialdirigent und Abteilungsleiter im Propagandaministerium Heinrich Hunke, der Gaukommissar Walter Steinecke oder der antisemitische Dichter Friedrich Fischer-Friesenhausen gewürdigt.⁶³

Auch der Lippische Heimatbund gehörte zu denjenigen, die die 12 Jahre der NS-Diktatur weitgehend ausklammerten. Die eigene völkische Tradition (seit 1908/09 mit dem Vorsitzenden Manfred Fuhrmann und Wilhelm Pecher) war nie Thema, in „Heimatland Lippe“ durften weiterhin Autoren veröffentlichen, die während der NS-Zeit ihrer völkischen und nationalsozialistischen Gesinnung übereifrig Ausdruck verliehen hatten: August Meier-Böke oder Hermann Diekmann seien hier genannt. Solchen 'unauffälligen' Beteiligten wurde schnell wieder der nötige Stellenwert verschafft.

Anmerkungen

1. F. H., 20.6.47; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 322. Interessant dabei auch der Hinweis auf den Marktplatz als Sammelstelle für den Abtransport. Auch in Lemgo erfüllte der Marktplatz diese Funktion. D.h. die 'Verladung' der jüdischen Nachbarn auf einen Lastwagen war für viele sichtbar.
2. Gestapo Bielefeld, Rvfg. 78/39, 8.9.39; StAdtA Blomberg IV Nr. 213-01/3.
3. Zum 'Judenhaus' Gartenstraße 6 die Abhandlung von Wolfgang Müller: Gartenstraße 6. Zur Geschichte eines Detmolder Judenhauses und seiner Bewohner. (Panu Derech – Bereitet den Weg 7), Detmold 1992.
4. SD-Außenstelle Detmold an SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, 17.7.42; StA DT M 11 Nr. 18 Bl. 94f.
5. Wilhelm Schürmann an Gestapo Bielefeld, 18.11.38; StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 31-33. Vgl. dazu auch den Beitrag des Verf. zum Novemberpogrom in diesem Band.
6. Anonym an Kreisleiter Wedderwille, etwa 5.12.38; StA DT L 113 LP Nr. 401 Bl. 28.
7. Bericht der Ortspolizeibehörde Detmold, 12.12.38; StA DT D 2C Detmold Nr. 110.
8. Verfahren gegen Meta Ulmke u.a. wegen Nötigung z.N. Baer, 1946; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 322.
9. Johann P. an NSDAP-Kreisleitung, 14.11.38; StA DT L 80 IIa.XVII.1.3 Anlage.
10. LStZ vom 27.11.38.
11. Vgl. den vom ehemaligen „Staatszeitungs“-Redakteur Erich Meinhard verfaßten Nachruf in der LZ vom 27.10.70.
12. In Geburtstagswidmungen der 60er Jahre huldigte man sich gegenseitig in der LZ.
13. LStZ vom 9.6.40. Vgl. Auch LStZ vom 2.12.38.
14. Haftliste der Kriminalpolizei Detmold, 1938–47, Eintragung 24/1939; StA DT D 2C Detmold Nr. 43; LStZ vom 12.5.39.
15. Meldung des stellv. Ortsgruppenleiters Detmold-Süd, 30.5.42; StA DT L 113 Nr. 849.
16. LStZ vom 24.12.41.
17. Ortsgruppenleiter Detmold-Ost an Kreisleitung, 16.5.42; StA DT L 113 Nr. 1045.

18. Vernehmung Martha Reuters durch Schutzpolizei Detmold, Mai 1942; StA DT L 113 Nr. 1045.
19. Meldung des stellv. Ortsgruppenleiters Detmold-Süd, 30.5.42; StA DT L 113 Nr. 849.
20. Verfahren gegen Elisabeth Sch. aus Schlangen vor dem Amtsgericht Horn, 1941; StA DT D 23 Horn Nr. 778.
21. Die Deportationen aus dem Gestapo-Bezirk Bielefeld standen 1961–63 im Mittelpunkt von Ermittlungen der Bielefelder Staatsanwaltschaft; StA DT D 21 A Nr. 4852.
22. Nach der Deportation beider wurde Ludwig Hesse zum Vertrauensmann bestimmt. Hesse lebte in sog. 'Mischehe'. Er wurde am 18. September 1943 in Gestapo-Haft genommen und am 1. Februar 1944 ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Ludwig Hesse kehrte nicht zurück. Seine Frau Irene wurde im September 1943 ins KZ Ravensbrück eingeliefert und am 2. Mai 1945 von alliierten Truppen befreit.
23. Sachbearbeiter der 'Judenämter' bei den Landräten waren die Amtmänner Schäfer (Detmold) und Sackmann bzw. Kaup (Lemgo).
24. Die Ortspolizeibehörden bzw. Einwohnermeldeämter meldeten ab Juni 1935 sämtliche Änderungen, d.h. Fortzug, Auswanderung, Todesfall u.ä. mit dem Betreff 'Judenkartei' an die Gestapo in Bielefeld. Dies und die Tatsache, daß z.B. Änderungen wie der Wunsch eines jungen Mannes, mit seinen Eltern deportiert zu werden, immer mit der Gestapo in Bielefeld abgesprochen werden mußten oder daß noch 'Freistellungen' auf dem Bielefelder Bahnhof möglich waren, zeigt die Federführung der Gestapo Bielefeld bei der Erstellung der Listen. Die Beamten im dortigen Judenreferat besaßen also in der Auswahl der Opfer einen Dispositionsspielraum.
25. Eintragungen Wedderwilles in sein Notizbuch, undatiert (Ende 1941); StA DT L 113 Nr. 1073.
26. Zur Rolle Louis Sternbergs vgl. Erwin Angreß: Im Arbeitslager am Grünen Weg in Paderborn. In: Opfer und Täter. Zum nationalsozialistischen und antijüdischen Alltag in Ostwestfalen-Lippe; hrsg. von Hubert Frankemölle, Bielefeld 1990. S. 72-86 (hier: S. 82).
27. Vgl. entspr. Vorgang, 1940–42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 373.
28. Gestapo an Landrat Brake, 22.11.41 (Kopie an Bgm. Schötmar), StAdtA BS, Schötmar III.470.3.
29. Gauamtsleiter für Kommunalpolitik an Landrat Brake, 1.12.41, StAdtA Schötmar III.470.3.
30. Fritz Grünwald an OPB Schötmar, 20.11.41, StAdtA Schötmar III.470.3. Grünwald ersucht um eine Erlaubnis für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, da „verschiedene von der demnächstigen Umsiedlung betroffene Juden“ ihn um notwendige Amtsgänge u.ä. baten.
31. Schötmaraner Juden an Ortspolizeibehörde, 26.11.41, StadtA Schötmar III.470.3.
32. Dienstbucheintragung vom 9.12.41, StA DT D 2C Detmold Nr. 67; Eintragung 1361 ins Tagebuch 1940–42, 9.12.41, StA DT D 2C Detmold Nr. 113.
33. Auskunft Einwohnermeldeamt Detmold. Hedwig Schlamm kam später in die jüdische Heilanstalt in Bendorf-Sayn, wo sich ihre Mutter bereits befand, und wurde von dort 1942 nach Izbica deportiert.
34. Bgm. Detmold an Bgm. Schötmar, 5.12.41, StAdtA BS, Schötmar III.470.3.
35. Der Vertrauensmann der jüdischen Gemeinde Bad Salzuflen-Schötmar, Max Kornberg, an Bgm. Schötmar, 4.12.41, StadtA BS, Schötmar III.470.3. Kornberg erwähnt eine vorgesehene Abholung des Gepäcks am 8.12.41.

36. Eintragung im Dienstplan vom 10.12.41, StA DT D 2C Detmold Nr. 67. Harting und Schmidt waren am 11.12.41 wieder im Dienst in Detmold.
37. Vgl. Quittungen vom 9.12.41, StadtA BS, Schötmar III.470.3.
38. Wallhausen wanderte bei Kriegsende nach Schweden und 1950 nach Australien aus, wo er 1967 verstarb.
39. Bericht der SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, 16.12.41, StA DT M 18 Nr. 11 Bl. 45.
40. Gestapo Bielefeld an Landräte, 20.3.42, StadtA BS, Schötmar III.470.3.
41. Eintragungen im Dienstplan, 29.-30.3. und 30.-31.3.42; StA DT D 2 C Detmold Nr. 68.
42. Joachim Meynert: Was vor der Endlösung geschah. S. 261.
43. Todeserklärung Hans Marx, Aussage von Robert Levi; StA DT D 23 Detmold Zg. 99/1986 Az. II 63/50.
44. Vgl. Einwohner-Bürger-Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld, Bielefeld 1988. S. 246. Bis zu seiner Flucht zurück nach Warschau am 2. November 1942 wurde Levi zum Bau von Baracken und Stallungen eingesetzt. Im Ghetto arbeitete er schließlich als Koch unter dem Namen Max Flatow aus Detmold. Nach Ausbruch des Ghetto-Aufstandes am 16. Mai 1943 gelang es Levi, durch die Kanalisation Warschau lebend zu verlassen. Am 6. Juni wurde er verhaftet und ins Vernichtungslager Lublin gebracht, wo er zwei Monate Zwangsarbeit im Straßenbau leistete, bevor er nach Auschwitz transportiert wurde. Bis zum 13. Januar 1945 mußte Robert Levi in einem Bergwerk schwerste Arbeit verrichten. Über Groß-Rosen, Buchenwald und Tröglitz gelangte Levi Anfang Mai 1945 nach Theresienstadt, von wo er nach der Befreiung durch sowjetische Truppen am 25. Mai nach Lippe zurückkehrte. Er war der einzige lippische Überlebende der Deportierten nach Warschau vom März 1942.
45. Der Detmolder Rechtsanwalt Dr. Albert Hirschfeld überwies der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bezirksstelle Westfalen in Bielefeld, 8.858 RM für einen Heimkaufvertrag für sich und seine Frau Leonie. Vgl. StA DT D 27 – 61/14/1435. Siehe auch Aufstellungen von Überweisungen Hirschfelds an die RVJD, Winterhilfe, sowie 'Sühneraten' und Judenvermögensabgabe (14.752,58 RM); StA DT D 21 B Zg. 1/1989 Rü 345/50.
46. Gestapo Bielefeld an Landräte, 20.7.42, StadtA Bad Salzuflen, Schötmar III.470.3.
47. Vermerk OPB Schötmar, 23.7.42, StadtA Bad Salzuflen, Schötmar III.470.3.
48. Ida Arensberg an Kinder in Chile, 26.7.42; StA DT D 23 Detmold Zg. 99/1986 Nr. 37/48. Abgedruckt in: „... dennoch Menschen von Gott erschaffen“; S. 119.
49. Aussage der Irene Hesse, Oktober 1953, StA DT D 20B Zg. 1/1989 Rü 7/52 Bl. 77f.
50. SD Detmold an SD Bielefeld, 31.7.42, StA DT M 18 Nr. 11 Bl. 95. Die Lemgoer Schutzpolizei hatte hingegen andere Wahrnehmungen: „Der Abtransport der Juden ist im hiesigen Stadtbezirk reibungslos erfolgt. Bei der Abfahrt, die vom hiesigen Marktplatz aus erfolgte, hatten sich wohl mehrere Volksgenossen eingefunden, die sich aber durchaus ruhig verhalten haben.“ Vgl. Bericht der Schutzpolizei Lemgo, 29.7.42; Stadtarchiv Lemgo A 11852. Vom Lemgoer Marktplatz aus mitdeportiert wurden die letzten verbliebenen Juden von Barntrop, Bösingfeld und Silixen. Der 'Auszug der letzten Juden aus Lemgo' ist von einem städtischen Bediensteten fotografiert worden; die vier Filme sind nebst einer Liste der 'Abgeschobenen' dem Stadtarchiv übergeben worden. Ihr Verbleib ist unbekannt. Vgl. Bürgermeister Lemgo an Stadtarchiv, 17.8.42, StadtA Lemgo, A 1417.
51. SD Detmold an SD Bielefeld, 31.7.42; StA DT M 18 Nr. 11 Bl. 95.

52. Gestapo Bielefeld an Landräte, 8.2.45, zit. nach: Meynert/Schäffer, Juden in Bielefeld, S. 189.
53. Dienstbucheintragung vom 12.2.45, StA DT D 2C Detmold Nr. 71.
54. Vgl. Meynert/Schäffer, Juden in Bielefeld, S. 125, Anm. 117.
55. Aufstellung, 12.10.42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 342 Bl. 124.
56. Aktennotiz des NSV-Kreisamtsleiters Kersting, 10.9.42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 342 Bl. 131.
57. Aufstellung über die verkauften Judenmöbel in der Stadt Detmold, 12.9.42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 342 Bl. 128.
58. Finanzamt Detmold an Spediteur W., 29.8.42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 342 Bl. 127.
59. NSDAP, Amt für Volkswohlfahrt Lippe an Finanzamt Detmold, 20.9.42 (Abschrift); StA DT D 20 B Zg. 14/1989 Rü 38/51 Bl. 75. Dort u.a. Mitteilung über Räumung der Wohnungen Quadfass (Langestraße) sowie Sachsen- und Hornsche Straße.
60. Aufstellung des Finanzamtes Detmold über in Anspruch genommene Gegenstände aus jüdischen Haushaltungen, 1.9.42 (Abschrift); StA DT D 20 B Zg. 14/1989 Rü 68/51 Bl. 80.
61. Kreisleitung an Bgm. Detmold, 23.3.42, StA DT L 113 LP Nr. 11a (alte Signatur). „Da in nächster Zeit in Detmold mit dem Freiwerden von weiteren Judenwohnungen zu rechnen ist, bitte ich umgehend etwa dort eingegangene Anträge auf Verteilung von Judenwohnungen hereinzureichen.“
62. Finanzamt Lemgo an Kreisleitung, 7.9.42, StA DT L 113 Lp Nr. 169 (alte Signatur)
63. Vgl. beispielsweise: Hermann Ludwig Schaefer: Walter Steinecke, in: LZ vom 29.9.56; August Koch: August Weweler zum Gedenken, in: LZ vom 14.12.52; N.N.: Prof. Dr. Heinrich Hunke wird 65 Jahre alt, in: LZ vom 7.12.67; N.N.: Volle Bewährung in einem langen Leben: Oberstleutnant a.D. Hans von Donop vollendet morgen das 95. Lebensjahr, in: LZ vom 5.8.67.